

**VERBAND SCHWEIZERISCHER HOLDING- UND FINANZGESELLSCHAFTEN
ASSOCIATION SUISSE DES SOCIETES HOLDING ET FINANCIERES**

Es gilt das gesprochene Wort

**Begrüssung und Präsidialadresse
von Dr. Georg Stucky
zur 48. ordentlichen Generalversammlung des
Verbands schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften
vom Mittwoch, 5. April 2006, 14.00 Uhr,
im Credit Suisse-Forum St. Peter, in Zürich**

Lieber Herr Athanas,
Verehrte Gäste,
Meine Damen und Herren!

Ich begrüsse Sie herzlich zur diesjährigen Generalversammlung des Verbands schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften. Wir freuen uns über Ihre zahlreiche Anwesenheit und natürlich auf Ihren Vortrag, Herr Athanas, der sich mit Fragen des Revisionsgeschäfts befassen und – ich zweifle nicht daran – uns reich belehren wird.

Traditionsgemäss gilt mein Blick zunächst den politischen Highlights im vergangenen Jahr. Für die Schweiz waren substanzielle Schritte und Weichenstellungen der Europapolitik auf der Tagesordnung. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben mit überraschend klarer Mehrheit zwei Vorlagen gutgeheissen. Am 5. Juni ging es um die Abkommen von Schengen und Dublin, die den schweizerischen Rechtsraum stärker mit jenem der EU vernetzen. Grenzkontrollen, Fahndungssysteme, Amts- und Rechtshilfe werden modernisiert, die Asylpraxis mit den EU-Ländern koordiniert. Am 25. September war über die Ausdehnung des bestehenden Freizügigkeitsabkommens auf die Neumitglieder der EU zu entscheiden. Das zweimalige, unzweideutige Ja ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert:

- Denn Integrationsvorlagen dem Volk zu erklären und gegen vereinfachende Schwarzmalerei durchzusetzen, ist schwer. Meist geht es um komplexe Regelwerke, die mit Anderem zusammen und dadurch Teil eines noch komplizierteren Ganzen sind. Sie werden für den Laien auch nicht verständlicher, wenn man sie im Bundesbüchlein abdruckt.

- Die Bilateralen mit der EU sind politisch ein „System“, das nur im Zusammenhang funktioniert und einer dynamischen Fortentwicklung unterliegt.
- Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich durch die Angstmacherei vor der Bürokratie in Brüssel, ihren finsternen Intrigen und dem Netz der Überregulierung, das die Schweiz immer enger zuschnürt, nicht beirren lassen. Diplomatie, Politik und Ökonomie haben es in vereinter Anstrengung geschafft, das Volk für ein klares Votum zu gewinnen. Daraus kann ich eine zweifache Lehre ziehen: Das Volk ist „mündiger“, als immer wieder behauptet wird. Und auch eine schwierige Abstimmung lässt sich mit Erfolg bestehen, wenn die zentralen Kräfte unseres Landes am gleichen Strick in dieselbe Richtung ziehen. Dann ist auch die Opposition der AUNS und eines Teils der SVP und der extremen Linken überwindbar.
- Natürlich gilt für Integrationsvorlagen ganz besonders, was für komplexe Fragestellungen immer gilt: dass neben Chancen auch Risiken bestehen. Wer nichts wagt, kann nichts gewinnen. Das jedoch, meine Damen und Herren, ist ein Kerngeschäft der Wirtschaft, nämlich das Risk Management, von der Finanz- bis zur Pharmaindustrie und eben auch in der Politik. Hier dürfte sich in Zukunft der Beitrag der Wirtschaftsverbände zur politischen Willensbildung noch akzentuieren.
- Nachdem ein Vollbeitritt zur EU für die Wirtschaft heute nicht in Frage kommt, ist es wichtig, den bilateralen Weg umso konsequenter zu pflegen. „Offshore“ lässt sich vielleicht auf einer Insel im Meer geschäften, aber nicht im Herzen Europas, wo die Schweiz ihre Wurzeln und ihren Standort hat. Die grenzüberschreitende, global tätige Wirtschaft ist ja nicht ein „notwendiges Übel“ (oft aus Unverstand mit dem Wort „Globalisierung“ beschimpft), sondern eine alte Stärke der Schweiz, die uns zu Eigenständigkeit, Selbstbewusstsein und Wohlstand verholfen hat. Was wären wir ohne die Finanz- und Exportwirtschaft unseres Landes?

Hoffen wir auf einen vernünftigen Entscheid auch zur KOSA-Initiative über die Nationalbankgewinne. Als „Abstimmungsbüchlein“ empfehle ich dazu unseren Geschäftsbericht. Man kann nicht nur das Fell des Bären erst verteilen, wenn man ihn erlegt hat; man kann es auch nur einmal verteilen. Die Nationalbank muss ihre verfassungs- und gesetzmässige Aufgabe sachkundig in Unabhängigkeit leisten können. Es wäre unverantwortlich, sie dabei zu behindern und ihr Vermögen als „Jackpot“ des Landes zu missbrauchen.

Schwenken wir nun den Blick von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Volksvertretung: dem Parlament. Dort werden die Pakete verschnürt, deren Chancen und Risiken uns laufend beschäftigen. Der im letzten Jahr verstorbene Kurt Eichenberger hat in seiner berühmten Rektoratsrede 1969 das Wort vom „Leistungsstaat“ geprägt, zehn Jahre später das Wort vom „Staat des Masses“. Lassen wir uns diese Mahnung und Weisheit angelegen sein!

Wir klagen heute oft – nicht ohne Grund – über den Steuer- und Regulierungsstaat, die Regulierungslast, die Überregulierung. Auch da müssen wir differenzieren und das rechte Mass finden. Es gibt Gesetze, die das geltende Recht nicht quantitativ einfach vermehren, sondern qualitativ verbessern und einen rechtsstaatlichen Fortschritt bringen. Für die Finanzwirtschaft sind das im laufenden Jahr zum Beispiel:

- das Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMAG), wie es die Expertenkommission Zimmerli in grosser Kleinarbeit aufs rechte Mass gebracht hat,
- das Bucheffektengesetz, zu dem die Botschaft des Bundesrates noch vor den Sommerferien erscheinen soll und das einen Modernisierungsschub für das immer noch von 1936 stammende Wertpapierrecht bringen wird,
- das mit dem Bucheffektengesetz eng verbundene Haager Wertpapierübereinkommen
- und als Beitrag zur Rechtssicherheit im weltweiten Private Banking das Haager Trust-Übereinkommen.

Ein weiteres Geschäft des Parlaments, mit dem sich unser Vorstand im vergangenen Jahr beschäftigt hat und von dem wir hoffen, dass es zum Vorteil der Wirtschaft herauskommen möge, ist die Unternehmenssteuerreform II. Ich verweise auch dazu auf unseren Geschäftsbericht.

„Steuerstaat“ und „Steuerwettbewerb“ sind Begriffe, mit denen wir uns voraussichtlich an einer nächsten Generalversammlung beschäftigen wollen.